

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 8. Sitzung des Rates

vom: **27.10.2021**

von: **16:07 Uhr**

bis: **19:12 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Hof, Felix	

1. Stellv. BM Jung, Angela
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schmidt, Lena
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Zöller, Klaus
Stv Dr. Zybill, Christian

- bis 18.15 Uhr (TOP 7)

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StR Fries
StBR Schumann

Dezernent Schmidt
Betriebsleiter ESi Quandel
Städt. VD Dorsch
Städt. VD Werthenbach
VA Helmes
Gleichstellungsbeauftragte Kratzel
VA Schneider (Personalrat)
StAR Münker Schriftführung

Nicht anwesend waren:

Stv Heupel, Rüdiger
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv Ludewig, Chiara
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schwarzer, Michael
Stv Stinner, Jürgen

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um zwei fristgerecht eingereichte Anfragen sowie um Punkt 18, der nichtöffentliche Teil um Punkt 7 erweitert.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 22.09.2021

Die Niederschrift lag noch nicht vor.

8. Rat 27.10.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

8. Rat 27.10.2021

**2.1 Smart City Siegen?
 -Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 73/2021
Vorlage Nr. AF 73/2021 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

8. Rat 27.10.2021

2.2 Altpapierpreise Anfrage der FDP-Fraktion

Vorlage Nr. AF 74/2021

Vorlage Nr. AF 74/2021 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

8. Rat 27.10.2021

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Solartechnische Nutzung von Dachflächen in städtischen Gestaltungssatzungen - Antrag der Fraktionen CDU/SPD

Vorlage Nr. AT 145/2021

dazu: Vorlage Nr. AT 145/2021 A - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schiltz erläutert, die Errichtung von Photovoltaikanlagen sei aktuell aufgrund der für verschiedene Bereiche bestehenden Gestaltungssatzungen erschwert. Die Antragsteller sehen jedoch die im Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geforderte Frist angesichts der bereits vorliegenden Arbeitsaufträge für die zuständige Abteilung kritisch und würden diesbezüglich nicht zustimmen.

Herr Weber wirbt ergänzend dafür, die Potenziale für die Nutzung regenerativer Energien besser auszuschöpfen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworte den Antrag als einen Baustein zum Klimaschutz, so Herr Schulz. Der darin genannte Zeitraum für die Änderung der Satzungen stehe jedoch einem zeitnahen Engagement der Bürgerinnen und Bürger entgegen. Daher möchte seine Fraktion dies mit dem Ergänzungsantrag beschleunigen.

Zu den Nachfragen von Herrn Wittenburg und Herrn Schoew erläutert Herr Schumann, es habe in der Vergangenheit zwei vergleichsweise komplizierte Fälle gegeben, wo Gestaltungsvorschriften eine Installation erschwert haben. Da sich moderne Photovoltaikanlagen mittlerweile optisch gut in das Stadtbild einfügen und das Erscheinungsbild der Häuser kaum beeinträchtigen, sollte dies auch bei denkmalgeschützten Gebäuden möglich sein. Das im Antrag der Grünen genannte Zeitfenster hält er für realisierbar. Allerdings müssten die Änderungen auf die Nutzung von Photovoltaik beschränkt bleiben und keine anderen Regelungen diskutiert werden.

Herr Cziba fragt nach den Möglichkeiten, speziell im Wohngebiet Wenscht durch eine häuserübergreifende Installation die Nutzung von Photovoltaik zu ermöglichen, da dann das Erscheinungsbild nicht wesentlich verändert würde.

Diese Frage sei in der Vergangenheit bereits aufgekommen, die Umsetzung aber an den erforderlichen Leitungen in den Kellerräumen gescheitert, so Herr Schumann.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die städtischen Gestaltungssatzungen *schnellstmöglich bis spätestens Ende 2023* dahingehend zu überarbeiten, dass die solartechnische Nutzung der Dachflächen stadtbildverträglich in den Satzungsgebieten möglich wird. Im Wissen um die dafür notwendigen Personalressourcen wird die Verwaltung beauftragt, zunächst den in der gemeinsamen Sitzung von Bauausschuss und Kulturausschuss vom 02.06.2021 beschlossenen Arbeitsauftrag (Entwicklung eines Konzeptes zum Erhalt und zur Pflege der historischen Bausubstanz) umzusetzen und dann die städtischen Gestaltungssatzungen sukzessive anzupassen. Begonnen werden soll dort, wo in der jüngeren Vergangenheit die häufigsten Anfragen dieser Art gestellt wurden. Die Verwaltung wird beauftragt, halbjährlich über den Sachstand zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

3.2 Machbarkeitsstudie für Geh- und Radwege entlang der Sieg
Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG, FDP, Die Linke
und Volt

Vorlage Nr. AT 148/2021

Herr Groß erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eher der Not gehorchend den Antrag mit unterschrieben habe. Mit der gleichen Zielsetzung wurde bereits 2018 ein Auftrag an die Verwaltung beschlossen, seither aber nur über einen einzigen Abschnitt diskutiert. Darüber hinaus sehe die Planung für die Erweiterung des Hallenbades in Weidenau keine Möglichkeit für einen Uferweg vor.

Herr Weber merkt an, dass die örtlichen Gegebenheiten nicht immer eine Wegeführung zulassen. Es sollten auch nicht nur die Möglichkeiten entlang der Sieg, sondern auch an Weiß und Ferndorf betrachtet werden.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, in einem ersten Schritt mittels einer extern zu beauftragenden Machbarkeitsstudie zu untersuchen, welche weiteren Geh- und/oder Radwege entlang der Sieg im Siegener Stadtgebiet gebaut werden können und welche Voraussetzungen für eine Umsetzung erforderlich sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

3.3 Temporärer Arbeitskreis - Homepage der Stadt Siegen - Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 149/2021

Frau Dr. Schutz erläutert, dass bei der derzeitigen Überarbeitung der Homepage die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, wie z. B. der Senioren, der Menschen mit Behinderung etc. durch Einbindung der Expertinnen und Experten in der Verwaltung sichergestellt werden. Diese geben der Projektleitung wichtige Rückmeldungen, ob die neue bzw. neu entstehende Website tatsächlich für die angesprochenen Gruppen gut nutzbar ist oder noch nachgebessert werden muss.

Darüber hinaus hat die Verwaltung die wichtigen Anforderungen – im Einzelnen (größtmögliche) Barrierefreiheit, Verschlankung, Bedienungsfreundlichkeit und Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten PLUS viele weitere wie Mehrsprachigkeit etc. – ohnehin auf ihrer Anforderungsliste an den Dienstleister.

Die Einrichtung eines Arbeitskreises sei daher aus Sicht der Projektleitung nicht notwendig, um die von dem Antrag intendierten Ziele zu erreichen. Er wäre eher kontraproduktiv, weil die angestrebte schnellstmögliche Umsetzung des Relaunches dadurch verkompliziert und verlangsamt würde. Ziel ist es, den Relaunch im II. Quartal 2022 abzuschließen.

Herr Wittenburg erklärt für die Antragsteller, dass der Antrag aufgrund der Empfehlung der Verwaltung zurückgezogen wird. Dennoch möchte er wissen, wie die Beteiligung der Politik erfolgen soll.

Frau Dr. Schutz verweist auf die seinerzeitige Zusage des Bürgermeisters, im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten. Daneben besteht die Möglichkeit, die Entwürfe in den Fraktionen vorzustellen.

=> Der Antrag wurde zurückgezogen.

8. Rat 27.10.2021

3.4 Sanierung des Hochwasserschutzdammes Niederschelden - Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG, Die Linke und Volt

Vorlage Nr. AT 150/2021

Die Beratung erfolgt unter TOP 4.

8. Rat 27.10.2021

4. Sachstandsbericht Siegdamm

Herr Quandel informiert für den Entsorgungsbetrieb anhand einer Präsentation über die Problemstellung und die in der Diskussion befindlichen Lösungsmöglichkeiten.

=> *Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem unter diesem Tagesordnungspunkt abgelegt.*

Herr Boller hat den Eindruck gewonnen, dass das Thema im Entsorgungsbetrieb nur als einfaches Verwaltungsgeschäft gesehen wird und wertvolle Zeit verstrichen ist. Die vom Heimatverein angestoßene Frage zur Errichtung einer Spundwand hätte längst angegangen werden können. Mit dieser Lösung kämen die Argumente von ESi und der Bezirksregierung, es handle sich um einen Deich wo die entsprechenden DIN-Vorschriften einzuhalten seien, nicht zum Tragen. Es würde dann eine Hochwasserschutzwand erstellt und die meisten Bäume könnten erhalten werden. Dazu kämen weitere positive Effekte wie zum Beispiel die bessere Befestigung oder Verbreiterung des Radweges, was gerade im Bereich des Inseldorfradweges dringend erforderlich wäre. In der Diskussion war, dort den Deich komplett neu aufzubauen, da sich die Standsicherheit nicht nachweisen lässt. Die Kosten für eine solche Maßnahme müssten bei der Gegenüberstellung für eine Spundwand berücksichtigt werden. Seines Erachtens sollte die Errichtung einer Spundwand dringend und vorrangig weiter verfolgt werden. Die Frage der Finanzierung ist in jedem Fall noch zu klären. Ein nicht erwähnter Gesichtspunkt im Bereich des Inseldorfradweges ist eine Rückverlegung des Deiches, um der Sieg im Sinne des Hochwasserschutzes mehr Raum zu verschaffen. Auch diese Argumente müssen weiter betrachtet werden. Er fordere den Entsorgungsbetrieb und die Bezirksregierung auf, die Planungen schnellstmöglich zu betreiben und so viele der landschaftsprägenden Bäume zu erhalten.

Herr Quandel kann die Sichtweise nicht teilen. Der Entsorgungsbetrieb sei den gesetzlichen Vorgaben und der Aufforderung nachgekommen eine Untersuchung vorzunehmen. Als die Ergebnisse vorlagen sei unverzüglich der Kontakt mit der Bezirksregierung hergestellt worden. Auf deren Anweisung seien die weiteren Schritte eingeleitet worden. Ob die Errichtung einer Spundwand eine Lösung darstellen könnte, sei in einer Machbarkeitsstudie zu klären. Der zeitliche Horizont dafür sei mit 6-8 Monaten anzusetzen. Den Vorwurf, man habe unnötig Zeit verstreichen lassen, weist er zurück. Eine akute Gefahr durch Hochwasser und Windwurf mit den dadurch entstehenden Problemen sei nicht zu verkennen.

Herr Walter geht davon aus, dass der Unmut in der Bevölkerung aufgrund mangelnder direkter Information und Beteiligung entstanden ist. Erst durch die Berichte in den Medien sei das Ausmaß der geplanten Maßnahmen deutlich geworden. Für ihn muss der Schutz von Leib und Leben im Vordergrund stehen. Ob die Bäume erhalten werden können und die Spundwand eine Lösung sein könnte wird sich zeigen. Allerdings ist es sinnvoll, die Anwohnerinnen und Anwohner bei der weiteren Vorgehensweise zeitnah einzubinden.

Für die SPD-Fraktion ist zunächst die Feststellung wichtig, so Herr Schiltz, dass der Hochwasserschutzdamm in Niederschelden nicht mehr der DIN-Norm entspricht, was offenbar erst jetzt durch die Untersuchungen festgestellt wurde. Daraus folgen nun Überlegungen, wie

der Hochwasserschutz verbessert werden kann. Er kann aber auch das Unverständnis in der Bevölkerung nachvollziehen, dass etliche Bäume gefällt werden sollen ohne zu wissen, wie das Sanierungskonzept für den Damm tatsächlich aussehen wird. Daher unterstützt die SPD-Fraktion den Entsorgungsbetrieb und die Verwaltung bei den Verhandlungen mit der Bezirksregierung, zu einer bestmöglichen Lösung zu kommen, die sowohl dem Hochwasserschutz als auch dem Baumschutz gerecht wird. Insofern schließt er sich der positiven Betrachtung an, dass in den Gesprächen bereits einiges erreicht werden konnte mit dem Ziel, möglichst viele Bäume zu erhalten. Verbesserungswürdig ist jedoch die Kommunikation, sowohl von Seiten der Bezirksregierung als auch von Seiten des Entsorgungsbetriebes. Dazu regt die SPD-Fraktion an, von der Möglichkeit der Bürgerversammlung Gebrauch zu machen. An ihn sind bereits eine Vielzahl von Fragen aus der Bürgerschaft herangetragen worden, die er exemplarisch benennt.

Für Bürgermeister Mues ist der Hinweis wichtig, dass externer Rat eingeholt wird. Vielfältige Überlegungen sollen in der Abwägung zwischen Hochwasserschutz, Baumschutz, Naturschutz und Landschaftsschutz dazu beitragen so viele Bäume wie möglich zu erhalten. Dazu bedarf es weiterer fachlicher Einschätzungen. Über alle Faktoren und das Ergebnis wird auch öffentlich berichtet werden.

Frau Schneider beschreibt das Gebiet als landschaftliches Kleinod, welches nach der Fällung der Bäume als Naherholungsgebiet verloren sein würde. Für sie stellt sich zum Beispiel die Frage, ob es sich überhaupt um einen Deich im klassischen Sinn handelt oder vielmehr um eine Uferböschung, wo Bäume erlaubt sind. Weiter ist nicht klar was passiert, wenn zum Beispiel nach dem Fällen der Bäume die Wurzeln verrotten oder entfernt werden und in der Folge der Deich aufgrund der entstehenden Hohlräume neu aufgebaut werden müsste. Auch sie hält eine Bürgerversammlung für wichtig, in der Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und die Folgen dargelegt werden.

Frau Shirley weist darauf hin, dass eventuelle Ersatzpflanzungen frühzeitig eingeplant werden sollen.

Bürgermeister Mues hält fest, dass auch die von Frau Schneider angesprochenen Fragen maßgeblich sein werden bei der Abwägung, welche Maßnahme am besten geeignet ist. Dazu erhoffe man sich Auskunft von weiteren Sachverständigen. Ersatzpflanzungen im Umfeld wären wünschenswert, sofern Bäume nicht erhalten werden können. Es handle sich jedoch um eine schwierige Gemengelage, auch aufgrund der direkt angrenzenden privaten Grundstücke. Die Fragen der Bürgerinnen und Bürger sind verständlich, können aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Herr Pfeifer ist in der vom Heimatverein initiierten Versammlung aufgefallen, dass weniger der Sachverhalt als solcher sondern die Frage im Vordergrund stand, was ohne den Protest der Bürgerinnen und Bürger passiert wäre. Es ist der Eindruck von Willkür entstanden und dass die Anweisungen der Bezirksregierung ohne weitere Überlegungen umgesetzt werden. Diesbezüglich ist es dringend erforderlich, sensibler vorzugehen, die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern und die politischen Vertreterinnen und Vertreter frühzeitig einzubeziehen.

Wie in der Präsentation dargestellt ist die Verwaltung nicht untätig gewesen stellt Frau Isabelle Schmidt fest. Für sie sind alle Wortbeiträge und auch die Kritik an der mangelnden Kommunikation berechtigt. Es muss jedoch der Schutz der Menschen im Hochwasserfall im Vordergrund stehen. Es sollte nun die Zeit bis zum Vorliegen der Machbarkeitsstudie genutzt und weitere Erkenntnisse gewonnen werden, um zu einer bestmöglichen Lösung zu gelangen.

Bürgermeister Mues stellt abschließend fest, dass die Verwaltung / der Entsorgungsbetrieb weiter berichten werden.

8. Rat 27.10.2021

5. Gleichstellungsplan - Zwischenresümee 2021

Vorlage Nr. VL 522/2021

Die Fragen von Frau Pflogsch werden verwaltungsseitig wie folgt beantwortet:

- In der Spitze der Corona-Vorgaben waren bei ca. 800 Bildschirmarbeitsplätzen rd. 400 Mitarbeitende mit Mobilten Arbeitsgeräten ausgestattet. Aktuell liegen 260 Anträge auf mobiles Arbeiten vor.
- Das Landesgleichstellungsgesetz sieht das 3. Geschlecht noch nicht vor.
- Der Umfang der Inanspruchnahmen von Elternzeit durch Kollegen kann konkret nicht beziffert werden. Die Tendenz ist steigend, was seitens der Gleichstellungsstelle konkret mit Informationen unterstützt wird.
- Die Einordnung als Führungskraft umfasst Arbeitsgruppenleitungen, Institutsleitungen und Abteilungsleitungen mit insgesamt 84 Stellen, wovon derzeit 2 unbesetzt sind.

Frau König konstatiert einen Fortschritt in die richtige Richtung. Für sie stellt sich bei der Besetzung von Leitungsstellen durch Frauen die Frage, ob nicht vielmehr die Umstände als die mangelnde Motivation ausschlaggebend sind. Elternzeit wird häufig „nur“ für zwei Monate in Anspruch genommen, diesbezüglich sind die Initiativen der Gleichstellungsstelle zu unterstützen. Abschließend interessiert sie, inwieweit Teilzeit bei Führungspositionen nachgefragt bzw. realisiert wird.

Herr Groß bittet, die Frauenquote bei der inneren Hierarchie bei Führungsfunktionen differenzierter darzustellen.

Herr Helmes sieht die Verwaltung bei weiblichen Führungskräften gut aufgestellt und kann kein strukturelles Defizit erkennen. Der Aufbau eines Netzwerks wird als sinnvoll erachtet, um die Motivation und die gegenseitige Unterstützung zu fördern. Stellen werden generell in Teilzeit ausgeschrieben. Oft scheitert aber eine Realisierung am dazu passenden Pendant.

Frau Kratzel ergänzt, dass Teilzeitarbeit nicht nur eine halbe Stelle umfasst, sondern auch andere Arbeitszeitmodelle, die, wenn möglich, in der Stadtverwaltung angeboten werden.

Beschluss:

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Zwischenresümee 2021 zum Gleichstellungsplan zur Kenntnis.*

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8. Rat 27.10.2021

6. Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW

Vorlage Nr. VL 529/2021

Frau Lena Schmidt würde es begrüßen, wenn neben dem inhabergeführten Einzelhandel in der Innenstadt eine Stärkung in den Stadtteilen erfolgen würde. Die in der Vorlage aufgeführten Nutzungsmöglichkeiten sollten, so der Wunsch der Grünen, in Kooperation mit Politik und Stadtmarketing festgelegt werden.

Eine Förderung im Stadtteil Geisweid ist über das Quartiersmanagement aus dem Förderprogramm Stadtumbau West vorgesehen, erläutert Herr Schumann.

Wenn sich die Gelegenheit bei einer Neuauflage des Sofortprogramms bietet sollte ein Antrag für Geisweid gestellt werden, so Herr Groß.

Bürgermeister Mues merkt an, dass das laufende Programm in Geisweid sehr gut ausgestattet ist und damit hoffentlich einiges bewegt werden kann.

Beschluss:

=> *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beteiligung der Stadt Siegen am „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW“ mit einem Antragsvolumen von 512.279 Euro in dem Zeitraum 2021 bis 2023 zur Kenntnis.*

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8. Rat 27.10.2021

7. Aufstockung des Personals der Verkehrsüberwachung

Vorlage Nr. VL 532/2021

Herr Fries nimmt Bezug auf das offene Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss. Nach erneuter interner Betrachtung der Kosten und Erträge im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung ist festzustellen, dass speziell dort rechnerisch eine Gegenfinanzierung vorliegt. Insofern gilt dies auch im Fall einer Personalaufstockung. Vorausschauend auf die künftige Digitalisierung der Verfahren ist auf der einen Seite mit einer zügigeren Abwicklung auszugehen. Auf der anderen Seite ist eine Zunahme von Einsprüchen bei Bußgeldtatbeständen zu erwarten.

Bürgermeister Mues ergänzt, entsprechend der Abstimmung im Verwaltungsvorstand werde vor diesem Hintergrund für den nächsten Stellenplan vorgeschlagen, den Außendienst um 8 Kräfte aufzustocken, den Innendienst aber – abweichend von Variante 2 – „nur“ um 2 Kräfte.

Angesichts der Aussagen signalisieren alle Fraktionen ihre Zustimmung zum modifizierten Verwaltungsvorschlag.

Herr Wittenburg und Herr Langer thematisieren in diesem Zusammenhang noch einmal den Einsatz von Müllkontrolleuren an den Wertstoffdepots, der ihres Erachtens ebenfalls kostendeckend gestaltet werden kann. Sie sehen ein Ungleichgewicht zwischen der Überwachung in den Zentren gegenüber den anderen Stadtteilen.

Herr Weber sieht diesbezüglich kein generelles stadtweites, sondern eher ein standortbezogenes Problem, was sich seines Erachtens nicht durch eine verstärkte Überwachung lösen lässt. Diejenigen, die ihren sonstigen Müll am Wertstoffdepot abladen werden sich nicht durch zusätzliche Kontrollen und Bußgelder daran hindern lassen, es anderenorts zu tun.

Herr Langer bringt dazu auch das Problem der Verunreinigungen im Umfeld von IKEA zur Sprache, die unter anderem durch übernachtende LKW-Fahrer dort vorzufinden sind. Dort sollte die Stadtreinigung verstärkt tätig werden.

Herr Groß verweist dazu auf die Diskussion im Fachausschuss, wo übereinstimmend festgestellt wurde, dass die Probleme sehr differenziert und standortabhängig auftreten. Dazu wurde im Fachausschuss verabredet, das Thema weiter zu verfolgen.

Herr Fries macht deutlich, dass sich das generelle Problem durch das Verhalten von Menschen nicht lösen lassen wird. Die Stadtreinigung ist immer schnell und flexibel unterwegs, wenn Missstände angezeigt werden.

Herr Schiltz würde es begrüßen, wenn im Sommer 2023 ein Bericht vorgelegt werden könnte, wie sich die Stellenaufstockung ausgewirkt hat.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die in der Vorlage dargestellte Aufstockung des Personals gemäß *der verwaltungsseitig modifizierten Variante 2 (erweiterte Lösung mit zusätzlichen 8 Außendienst- und 2 Innendienstkräften)* zur Überwachung des ruhenden Verkehrs im Stellenplan 2022 sowie die Ausweitung der Dienstzeiten und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

8. Rat 27.10.2021

8. Rubenspreis der Stadt Siegen, 14. Verleihung

Vorlage Nr. VL 464/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen verleiht den 14. Rubenspreis der Stadt Siegen im Jahre 2022 im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Rates am 26.06.2022 an Miriam Cahn, Basel.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

9. Jahresabschluss 2019 - Einbringung des Entwurfs -

Vorlage Nr. VL 574/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den der Vorlage als Anlage beigefügten Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 gemäß § 95 GO NRW zur Kenntnis und verweist ihn (gem. § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 102 GO NRW) zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

10. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Mehrkosten nach der Leitstellenabrechnung

Vorlage Nr. VL 553/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gem. § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 466.000 € auf dem Konto 02020100/ 5232000 bzw. 7232000 - Rettungsdienst und Krankentransport/ Erstattungen an Kreis - für den Anteil der Stadt Siegen an den Gesamtkosten der Kreisleitstelle. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

11. Stadtteilzentrum Lindenberg

Vorlage Nr. VL 453/2021

Beschluss:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfezentrums im Wohngebiet Lindenberg (Stadtteilzentrum Lindenberg) gemäß den inhaltlichen Eckpunkten dieser Vorlage zum 01.01.2022.
2. Für die Ausstattung der Einrichtung erfolgt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 Abs. 2 GO NW in Höhe von 30.000 € auf H060201117 für das Jahr 2021. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule.
3. Für Personal- und Sachkosten werden ab dem Haushaltsjahr 2022 Personal und Sachkosten in Höhe von 270.000 € haushaltsneutral bereitgestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (AfD)

8. Rat 27.10.2021

12. Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022

Vorlage Nr. VL 514/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Mittelbereitstellung in Höhe von 93.600,00 € für Personal- und Sachkosten auf 06020100/5019000 + 5281000 für die Weiterführung des Brückenprojektes in der Hüttenstr. 16c in Siegen-Geisweid ab 01.01.2022

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

13. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung und außerplanmäßiger Mittel zur Errichtung des temporären Containergebäudes an der Albert-Schweitzer-Schule

Vorlage Nr. VL 541/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 85 i. V. m. § 83 GO NRW die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe 1.540.000,00 € für die Maßnahme H030102105 – Albert-Schweitzer-Schule, Containerbau. Die Deckung erfolgt aus T120204084 - Kreisverkehr Schleifmühlchen -.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 83 GO NRW die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel im Jahr 2021 in Höhe von 10.000 Euro für die Maßnahme H030102105 - Albert-Schweitzer-Schule, Containerbau Erweiterung -. Die Deckung erfolgt aus H130101000 – Stadtgärtnerei Neubau Sozialgebäude -.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

14. Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 569/2021

Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Bericht nicht zufriedenstellend. Insbesondere zu den Restbindungszeiten hätten sie, so Frau König, konkretere Aussagen erwartet. Sie sei zwar überzeugt, dass die Verwaltung in diesem Feld tätig sei, würde aber gerne weitere Möglichkeiten aufgezeigt bekommen.

Herr Schumann erläutert die Möglichkeiten, als Kommune selbst tätig zu werden oder Einfluss zu nehmen. Festzustellen ist, dass nur wenige Bauträger im öffentlich geförderten Wohnungsbau investieren, da es für sie unrentierlich ist. Die Gründe sind nicht erkennbar. Die Verwaltung versucht, mit Konzeptausschreibungen für kleine Einheiten und weitreichenden Erleichterungen Anreize zu schaffen. Festzustellen ist aber, dass die Wohnungsbaugenossenschaften und die öffentlichen Träger mehr in die Verantwortung genommen werden müssten. I

Für die SPD-Fraktion ist Herr Molzberger der Meinung, dass das Thema Priorität haben und daher im Fachausschuss vertieft werden sollte. Dies erhebt er zum Antrag.

Frau Bleckmann stellt fest, dass viel zu wenig geförderte Wohnungen geschaffen werden, was zu in den nächsten Jahren zu erheblichen Problemen für Menschen mit Grundsicherung im Alter führen wird. Daher wäre ein Konzept hilfreich, wie dieses Thema weiter verfolgt

werden kann. Ein Vorschlag wäre dazu konkret, eine Vertreterin/einen Vertreter des Fördermittelgebenden für detailliertere Informationen einzuladen.

Herr Schmidt hält verwaltungsseitig fest, dass der Antrag im Rat gestellt und daher auch der Bericht für diesen vorgelegt wurde. Der Vorschlag zur Diskussion im Fachausschuss ist seines Erachtens richtig, es sollten aber auch die Möglichkeiten im Bereich der Liegenschaften und der Stadtentwicklung nicht außen vor gelassen werden.

Herr Langer nimmt Bezug auf ein Gutachterbüro, das einige Kommunen erfolgreich beraten hat. Die Wohnraumproblematik besteht allerdings nicht nur in der Stadt Siegen, sondern kreisweit. Auch die für die KEG müssten andere Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Bürgermeister Mues sieht das Hauptproblem darin, dass im Stadtgebiet kaum Grundstücke für Neubauten zur Verfügung stehen. Daher müsste die Diskussion von allen Seiten beleuchtet werden.

Frau Schneider sieht auch den Personenkreis als wichtig an, der knapp über der Grenze für einen Wohnberechtigungsschein liegt. Insofern ist das Thema im Fachausschuss richtig angesiedelt.

Herr Groß und Herr Heilmann sehen Handlungsbedarf für die Kommune, ein Angebot im Kontext mit Großprojekten zu schaffen oder aber in Konkurrenz zu treten.

Für die Fraktion Die Linke ist erkennbar, dass der Markt die Wohnungsmarktsituation nicht regelt und daher von der Kommune übernommen werden muss, so Herr Klein. In diesem Kontext ist jedoch die aktuelle Diskrepanz zwischen den Forderungen zum Klimaschutz und der Ausweisung von Neubauflächen zu diskutieren.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis und *überweist ihn zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren.*

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

15. Nachbesetzung verschiedener Ausschüsse

Vorlage Nr. VL 568/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

1. in den Bezirksausschuss V - Siegen-West - Herrn Gerhard Alfes (s. B.) als stellvertretendes Mitglied (beratend)
2. in den Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren Herrn Sören Schuppert (s. B.) als ordentliches Mitglied
3. in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften Herrn Patrick Schulz (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste
4. in den Jugendhilfeausschuss Herrn Sören Schuppert (s. B.) als beratendes Mitglied (stellvertretend)
5. in den Bezirksausschuss III (Siegen-Ost) Herrn Jannik Krüger als beratendes Mitglied (stellvertretend)
6. in den Bezirksausschuss IV (Siegen-Mitte) Herrn Kenny Alexander Schulz (s. B.) als ordentliches Mitglied, Herrn Georg Frank Hoffmann (s. B.) als stellvertretendes Mitglied und Herrn Patrick Schulz (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste
7. in den Arbeitskreis Märkte Herrn André Gieseler (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
8. in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung Herrn Kürsat Özcan (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

Nachbesetzung verschiedener Ausschüsse

Vorlage Nr. VL 568/2021 A

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

1. in den Ausschuss für Schule und Bildung Frau Elisabeth Nüßing als ordentliches Mitglied
2. in den Sport- und Bäderausschuss Frau Clara Gérard als ordentliches Mitglied
3. in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften Herrn Anselm Champollion als ordentliches Mitglied
4. in den Bezirksausschuss I (Siegen-Geisweid) Herrn Thomas Reppel als ordentliches Mitglied
5. in den Bezirksausschuss V (Siegen-West) Frau Elisabeth Nüßing als ordentliches Mitglied
6. in den Ausschuss für Schule und Bildung Frau Clara Gérard als stellvertretendes Mitglied

7. in den Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau - Frau Janina Singh als ordentliches Mitglied.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

16. Sitzungstermine für Rat und Haupt- und Finanzausschuss 2022

Vorlage Nr. VL 575/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen bestätigt nachstehende Sitzungstermine für das Jahr 2022:

HFA	RAT
16.02.2022	02.03.2022 (Haushalt)
30.03.2022	06.04.2022
Osterferien 11. bis 22.04.2022	
04.05.2022	11.05.2022
08.06.2022	15.06.2022
Sommerferien 27.06. bis 09.08.2022	
31.08.2022	14.09.2022
28.09.2022	
Herbstferien 03 bis 14.10.2022	
	19.10.2022
02.11.2022	09.11.2022
07.12.2022	21.12.2022

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

17. Unterrichtung des Rates über die Ausführung von Beschlüssen

Vorlage Nr. VL 576/2021

Herr Boller kritisiert folgende nicht erledigte Punkte
- Gestaltung Siegufer

- Neuaufstellung der Handlungsfelder der KEG
- Umsetzung der Beschlüsse zur Parkraumbewirtschaftung
- Gespräche mit den VWS zu Abbiegeassistenten für Busse

Positiv hebt er die Initiative der Verwaltung zur Zertifizierung als fahrradfreundliche Arbeitgeberin hervor, die im Gegensatz zur Kreisverwaltung in sehr kurzer Zeit umgesetzt werden konnte.

Herr Wittenburg fragt nach der Umsetzung des Beschlusses zur Eventgestaltung zum Jahreswechsel 2021/2022 und bittet für die nächste Sitzung um ein Update zur Planung.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Umsetzungsstand zur Kenntnis und erklärt die entsprechend gekennzeichneten Beschlüsse für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen (UWG)

8. Rat 27.10.2021

18. Verlängerung der Befreiung von Sondernutzungsgebühren wegen Corona bis März 2022

Vorlage Nr. VL 605/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt auf die Sondernutzungsgebühren für Außen-gastronomie, Warenauslagen und Werbeaufsteller bis Ende März 2022 zu verzichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Rat 27.10.2021

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin